

An: Stadt Augsburg, Bürgeramt – Wahlen – An der Blauen Kappe 18, 86152 Augsburg

Von: Armin Kammrad, Wellenburger Str. 16, 86199 Augsburg

**Betrifft: Wahlbeteiligung an Wahl zum Europäischen Parlament am 13.Juni 2004**

20.05.2004

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,  
ich schicke Ihnen hiermit meinen Wahlschein wieder zurück, da ich leider an der Wahl zum Europäischen Parlament nicht teilnehmen kann. Demokratische Wahlen setzen Einfluss der Wähler auf die Politik voraus. Vertretungsorgane demokratischer Politik müssten zumindest in repräsentativer Art und Weise dem einziglegitimen Grundsatz der Volksgewalt genügen, also praktisch legislativ sein. Dies ist bei dem Konstrukt der Europäischen Union gegenwärtig nicht der Fall. Das europäische Parlament übt keinen nennenswerten Einfluss auf die europäische Politik aus. Eine Wahl würde der Gewaltsetzung durch nicht demokratisch legitimierte Organe wie Rat, Ministerrat und Kommission eine Scheinlegitimation geben und deren Interessen an einem „europäischen Einparteiensystem“ entgegenkommen.

Jüngstes Beispiel dafür ist die Durchsetzung von Patentinteressen auf Software und Geschäftsideen der mächtigen Konzerne durch den nicht gewählten Rat gegen den Willen des derzeitigen Europäischen Parlaments. Unter Verletzung der Verfassungsgarantie des informationellen Selbstbestimmungsrechtes beschließen nun Kommission und Rat – wieder gegen den Willen des Europäischen Parlamentes – die Weitergabe persönlicher Daten an die US-Regierung, die gleichzeitig durch Kriegsverbrechen von sich Reden macht. Bei der sog. „Genfood“ setzte sogar die Kommission alleine die finanziellen Interessen der Chemiegiganten durch und nahm damit das Risiko von Allergien und Krebserkrankung der Menschen in Kauf. Ferner hat die Bundesregierung schon angekündigt, auf europäischer Ebene die Macht einer Minderheit von Banken und Konzernen noch deutlich mehr Gewicht zu geben. Eine Wahl zum nachweislich einflusslosen EU-Parlament würde all diese gegen Demokratie, Sozialstaat, Frieden und Völkerverständigung gerichteten Ambitionen nur legitimieren.

Das politische Interesse an einer Durchsetzung einer gegen den Willen der Mehrheit gerichteten gesetzgeberischen Gewalt, lag auch der Verhinderung eine Volksabstimmung über die geplante sog. „europäische Verfassung“ zugrunde. Dass niemals eine verfassungsrechtlich Normenprüfung bezüglich der Grundgesetz-Konformität einer Volksabstimmung erfolgte, beweist allein schon, dass eigentlich eine Politik gegen die Mehrheit der Menschen durchgesetzt werden soll und es nicht um verfassungsrechtliche Fragen geht, wie die ziemlich durchsichtige Ausrede der herrschenden Politik derzeit lautet. So behauptet der sog. „EU-Verfassungsentwurf“ in Artikel I-1 zwar *„Geleitet von dem Willen der Bürgerinnen und Bürger...“* zu sein, praktisch wurde alles unternommen, um gegen deren Willen diese sog. „EU-Verfassung“ durchzusetzen. Dass geplante höhere Stimmengewicht im Rat basiert nicht auf den Willen der Menschen in Deutschland, sondern ist ein Gewicht gegen deren mehrheitlichen Willen, also ohne demokratische Legitimation, schlichter Machtmissbrauch, um über die EU, garantierte Grundrechte nationaler Verfassungen zugunsten einseitig auf Profit und Krieg ausgerichteter Politik zu beseitigen und bindende Gesetzeskraft zu geben.

Es ist eine Minimalvoraussetzung demokratischer Willensbildung, dass zunächst eine Stimmabgabe zur geplanten EU-Verfassung erfolgt, damit es überhaupt etwas zu wählen gibt und die EU demokratisiert werden kann. Wenn ich die Wahl zwischen Diktatur und Demokratie habe, nehme ich mir das Recht heraus, die Demokratie zu wählen und der Diktatur meine Stimme zu verweigern. Ich werde mit meiner Stimme nicht die antisozialen und antidemokratischen Interessen der Partei der kapitalstarken Industrien und Banken legitimieren.

Mit freundlichen Grüßen

(Armin Kammrad)

Anlage: Wahlbenachrichtigung zu meiner Entlastung zurück